

Zuzüge erhöhen das Erwerbspersonenpotential zusätzlich und bremsen die Überalterung

Zuzüge erhöhen das Erwerbspersonenpotential zusätzlich und bremsen die Überalterung. Auf den bundesdeutschen Arbeitsmarkt kommt in den kommenden Jahren aufgrund des starken Zustromes von deutschstämmigen Aussiedlern, Zuwanderern aus der DDR und Ausländern eine erhebliche Belastung zu. Allein in der Dreijahresperiode 1988 bis 1990 werden deshalb insgesamt 600 000 Männer und Frauen einen Job nachfragen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) geht in einer Hochrechnung davon aus, daß in diesem Zusammenhang der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg zusätzlich Lasten in Höhe von etwa 13,5 Milliarden Mark entstehen. Rund 7,2 Milliarden Mark wären für Sprachkurse von Aus- und Übersiedlern aufzubringen; deren Qualifizierung kostete weitere 2,2 Milliarden Mark. Die Betreuung von Flüchtlingen erfordert laut IW zusätzlich 4,1 Milliarden Mark. Umgekehrt zahlen diese Gruppen aber auch in zunehmendem Maße Beiträge.

Das IW unterstellt bei diesem Kalkül, daß in den nächsten zwei Jahren wie heuer jeweils 200 000 Deutsche aus osteuropäischen Staaten übersiedeln. Ferner wird mit jeweils 80 000 Zuwanderern gerechnet. Diesem Zustrom stehen voraussichtlich 80 000 Fortzüge gegenüber.

Die Wanderungsbilanz bei Ausländern fußt auf folgenden Annahmen: Von 1988 bis 1990 gibt es jeweils 100 000 Asylbewerber; aus Drittländern zieht es ferner 400 000 Personen in die Bundesrepublik, darunter 115 000 aus EG-Staaten. Dem stehen jährlich 350 000 Ausländer gegenüber, die in ihre Heimat zurückkehren.

Von dieser reichlich einen Million Menschen werden freilich nicht alle eine Stelle suchen. Die IW-Forscher gehen davon aus, daß wanderungsbedingt die Zahl der Arbeitskräfte um 600 000 klettert.

Weil die in die Bundesrepublik strömenden Menschen im Durchschnitt jünger als die hier lebenden sind, wird die Tendenz zur Überalterung etwas gebremst. Die Zuwanderer sind in der Gruppe der 25- bis 40jährigen mit 30 Prozent sehr viel stärker vertreten als die angestammte heimische Bevölkerung (20 Prozent). Auf längere Sicht darf hiervon ein Beitrag zur Lösung der Rentenproblematik erwartet werden. Hierauf weist auch Rudolf Kolb, Geschäftsführer beim Verband Deutscher Rentenversicherungsträger hin. Danach müssen die Rentenversicherer in den nächsten fünf bis zehn Jahren mehr Geld an Aussiedler (von denen jeder siebte sich im Rentenalter befindet) überweisen als diese insgesamt über Beiträge dem System zuführen. Weil sich unter den ins Land kommenden Deutschstämmigen aber viele junge Leute befinden, kehrt sich die Rechnung später um. Die Aussiedler entlasten dann die Bilanz, das heißt: sie führen mehr Beiträge an die Rentenversicherung ab als sie als Gruppe beanspruchen.

Nach: Institut der Deutschen Wirtschaft, Frankfurter Rundschau Nr. 290/50 vom 13. 12. 1988

